

*Agenda der Konferenz 26.-27.11.2008
Stiftung Wissenschaft und Politik
und Freie Universität Berlin*

Sprachliche Vielfalt in politischer Einheit? Mehrsprachigkeit in Europa als Zankapfel

Abstracts und Kurzbiographien:

Einführung

Prof. Dr. Matthias Hüning

Matthias Hüning studierte Germanistik, Musikwissenschaft und Niederlandistik in Bonn, Köln und Leiden. Von 1995 bis 2000 war er Universitäts-Assistent am Institut für Germanistik/Niederlandistik der Universität Wien. Seit Oktober 2000 ist er Professor für niederländische Sprachwissenschaft an der Freien Universität Berlin. Seine Arbeitsschwerpunkte sind Sprachwandel, Sprachvergleich Niederländisch-Deutsch und Lexikologie/Wortbildung. Seit 2006 arbeitet er im Rahmen des EU-Projekts DYLAN (*Language Dynamics and Management of Diversity*) zur Geschichte der europäischen Mehrsprachigkeit.

Die Sprachen, aber nicht nur...

Prof. Dr. Alfred Grosser

Sprache spielt im Verhältnis von Deutschland und Frankreich eine wichtige Rolle, doch besteht die schöpferische Erinnerung an die deutsch-französischen Anfänge aus mehr als nur den Sprachen. Der Niedergang der Sprache des jeweils anderen gründet sich auf einem halben Jahrhundert nicht eingehaltener Versprechen. So hat sich zum Beispiel Paris dafür eingesetzt, die Entwicklung der Zweisprachigkeit in der Vor- und Grundschule im Elsass zu begrenzen.

Doch was ist überhaupt Sprache? Was ist Dialekt? Erleben wir einen kulturellen Zerfall der Schweiz? Gibt es noch eine belgische oder eine spanische Nation? Welche Rolle spielt die europäische Forderung des Schutzes von Minderheitensprachen, insbesondere in Frankreich?

Es handelt sich auch um den üblichen europäischen Widerspruch, der darin besteht, dass einerseits Englisch die Rolle der gemeinsamen Verkehrssprache eingenommen hat, andererseits aber in Brüssel und Strassburg eine babylonische Sprachverwirrung herrscht. Sogar auf Malta wo doch die offizielle Amtssprache Englisch ist, wird im Alltag Maltesisch gesprochen.

Und doch ist Sprachenlernen essentiell, nicht zuletzt, weil sonst keine tiefere Verständigung möglich ist. Ein Beispiel sind die vielen Staats- und Regierungschefs, die andere Länder nicht verstehen, weil sie keine Fremdsprachen sprechen.

Zur Person:

1925 in Frankfurt geboren, emigrierte Grosser 1933 mit seinen Eltern nach Frankreich und erhielt 1939 die französische Staatsangehörigkeit. Sein Studium an der philosophischen Fakultät in Aix-en-Provence und Paris schloss er als *Agrégé de l'Université* und *Docteur des Lettres et Sciences Humaines* ab.

Alfred Grosser lehrte von 1956-1992 als Professor am *Institut d'Études Politiques* in Paris und war zudem Forschungs- und Studiendirektor an der *Fondation Nationale des Sciences Politiques*. Als Gastprofessor lehrte er an den US-Elite-Universitäten *Stanford* und *John Hopkins*, in Peking (1987), Tokio (1992) und Singapur (1994). Er ist Präsident des CI-RAC (*Centre d'Information et de Recherches sur l'Allemagne Contemporaine*) und politischer Kolumnist für die französischen Zeitungen *La Croix* und *Ouest-France*. Alfred Grosser ist einer der wichtigsten Wegbereiter der Annäherung, Verständigung und Freundschaft zwischen Deutschland und Frankreich. Für seine Leistungen erhielt er das Große Verdienstkreuz mit Stern, den Friedenspreis des deutschen Buchhandels, den "Grand Prix" de *l'Académie des Sciences morales et politiques*. Für seine Verdienste um die Vielfalt des Judentums und um den Pluralismus wurde er 2004 mit dem Abraham-Geiger-Preis gewürdigt. Alfred Grosser ist ferner Großoffizier der französischen Ehrenlegion und erhielt die Ehrendoktorwürde der Universitäten in Birmingham (UK) und Minsk (Belarus). Zu seinen jüngsten Publikationen auf dem deutschen Büchermarkt zählen *Mein Deutschland*, Hoffmann & Campe 1993, Dtv 1996; *Wie anders sind die Deutschen?*, C.H.Beck, 2002; *Wie anders ist Frankreich?*, C.H.Beck, 2005 und *Die Früchte ihres Baumes. Ein atheistischer Blick auf die Christen*, Erw. Übersetzung, Vandenhoeck & Ruprecht, 2005.

From territorialism to »separatism«? Language, nation and splendid isolation in Belgian history

Prof. Dr. Wim Vandenbussche

Over the past years various media have repeatedly announced the imminent evaporation / split-up / „praline divorce“ of Belgium. These reports typically stress that the socio-economic, cultural and political oppositions between the northern and southern parts of the country apparently coincide with its hybrid linguistic make-up: Dutch-speaking Flanders and French-speaking Wallonia seem to drift apart and are only kept together through the problematic issue of indivisible multilingual Brussels. Some comments go as far as to claim that this is the logical and expected outcome of an artificially created buffer state that lacked all traditional 'nation-building' elements from the very beginning. So far for propaganda and heavily biased media views. What can the informed view from historical sociolinguists teach us about the true nature of the present-day political "crisette"? In broader terms: how did language policy evolve in multilingual Belgium from its foundation in 1830 onwards, how did the power balance between the involved languages shift, what is the social background of the language struggle, and through what language planning activity did the „artificial buffer state“ become one of the most intricately organized federal states worldwide?

Zur Person:

Wim Vandenbussche, geboren 1973 in Brügge, ist Professor für niederländische Sprachwissenschaft an der *Vrije Universiteit Brussel* in Belgien. Er unterrichtet niederländische und germanische Sprachgeschichte sowie verschiedene Aspekte der Soziolinguistik. Außerdem ist er Direktor des Forschungszentrums für Linguistik an der *Vrije Universiteit Brussel*. Seine Forschung siedelt sich im Bereich der Soziolinguistik an, mit besonderem Schwerpunkt auf der Sprachsituation in Flandern während des 18. und 19. Jahrhunderts. Er ist Gründungsmitglied des HISON (*Historical Sociolinguistics Network*) sowie Redaktionsmitglied der *Revue Belge de Philologie et d'Histoire – Belgisch Tijdschrift voor Filologie en Geschiedenis* und des e-Journals *Historical Sociolinguistics & Sociohistorical Linguistics*.

Sprachenvielfalt und Sprachenpolitik in der Spätphase der Donaumonarchie (1848-1918)

Prof. Dr. Hans Goebel

Ziel des Vortrags ist eine geraffte Darstellung der ungemein komplexen, in vielen Punkten aber durchaus zukunftsweisenden Sprachenlage in der Habsburger-Monarchie zwischen dem (zwischen Wien und Budapest im Jahr 1867 abgeschlossenen) „Ausgleich“ und dem Ende des Ersten Weltkriegs (1918).

Nach einem historischen Abriss zur Entstehung der Vielvölker- (und damit auch Vielsprachen-)Struktur der Donaumonarchie wird auf die seit 1867 geltenden sprachrechtlichen Grundlagen eingegangen sowie anhand zahlreicher (auch zeitgenössischer) Karten und Graphiken über die sprachpolitische und sprachsoziologische Lage in den folgenden Domänen berichtet: Verwaltung, Unterrichtswesen und Militär. Dabei wird der Schwerpunkt auf den in „Zisleithanien“ (= westliche, von Wien aus regierte Hälfte der Donaumonarchie) üblich gewesenen Verhältnissen liegen.

Zur Person:

Prof. Dr. Hans Goebel ist romanistischer Linguist und seit 1982 Ordinarius für Romanische Philologie (Sprachwissenschaft) an der Universität Salzburg. Er ist Mitglied des *Wissenschaftlichen Beirats der Österreichischen Forschungsgemeinschaft (ÖFG)* sowie Fachreferent beim *Fonds zur Förderung der wissenschaftlichen Forschung (FWF)*. Sein (Forschungs-)Interesse gilt neben der romanistischen Linguistik auch geographischen, historischen und ethnographischen Themen (und dabei ganz speziell der Sprachen- und Völkervielfalt der Habsburger-Monarchie). Er publizierte unter anderen zu verschiedenen Aspekten der rätoromanischen Sprachen, zu soziolinguistischen Themen und zur Dialektometrie.

Sprachpolitik in Jugoslawien und welche Erfahrungen Europa daraus gewinnen kann

PD Dr. Snježana Kordić

Der Anfang der 90er Jahre zerfallene Vielvölkerstaat Jugoslawien wies in seinem Aufbau und in seinen Sprachregelungen eine Reihe von Parallelen zur Europäischen Union auf. Da bei seinem Zusammenbruch ein Unfrieden stiftender Umgang mit verschiedenen Sprachen als einer der wichtigsten Gründe für den staatlichen Separatismus genannt wurde, können Einblicke in die Sprachpolitik Jugoslawiens nützliche Informationen für die Sprachpolitik der Europäischen Union liefern.

Die Geschichte Jugoslawiens zeigt, dass die gesetzliche Gleichberechtigung der Sprachen die tatsächliche Ungleichheit in Verbreitung, Prestige usw. zwischen den einzelnen Sprachen nicht aufheben kann. Somit bleibt immer ein Grund zum Klagen bezüglich der jeweiligen Sprachenverhältnisse, der sich für politische Zwecke instrumentalisieren lässt und für staatlichen Separatismus ausgenutzt werden kann. Selbst wenn es sich nicht um verschiedene Sprachen handelt, kann das Thema Sprache als Vorwand für das gleiche Ziel dienen. Wie groß oder wie klein die Sprachunterschiede sind, ist nebensächlich, denn das Entscheidende ist, ob sie von Politikern und in den Medien als wichtig und als ungerecht behandelt dargestellt werden. Inwieweit die jeweiligen Sprachgesetze demokratisch und gerecht sind, ist ebenfalls weniger wichtig als in welchem Maße dies von Politikern und von den Medien suggeriert wird.

Für den Zusammenhalt der Europäischen Union wäre es nützlich, wenn in der Politik und in den Medien ihre Mitgliedstaaten immer weniger als nationale Gruppierungen und immer mehr als Bürgergemeinschaften aufgefasst würden. Auf diese Weise würde man den Nationalismus schwächen, der zu staatlichem Separatismus führen kann. Und wenn es weniger Nationalismus gibt, gibt es auch weniger Versuche, das Thema Sprache für separatistische Bestrebungen auszunutzen.

Zur Person:

PD Dr. Snježana Kordić (geboren 1964 in Osijek, Kroatien) studierte Kroatisch, Serbisch und Literatur an der Universität Osijek, absolvierte dann ein Postgraduiertenstudium der Philologie an der philosophischen Fakultät der Universität Zagreb und promovierte anschließend zum Doktor der Philologie; sie habilitierte an der Universität Münster (Venia Legendi für Slawische Philologie). Nach Tätigkeiten als Assistentin für Serbokroastistik und Kroastistik an den Universitäten Osijek und Zagreb in Kroatien arbeitete sie in den 1990er Jahren als Lektorin für Kroatisch-Serbisch und wissenschaftliche Mitarbeiterin am Seminar für Slawistik der Ruhr-Universität Bochum. Von 1998 bis 2004 war sie Hochschuldozentin für Slawische Philologie am Slawisch-Baltischen Seminar der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster, von 2004 bis 2005 Gastprofessorin für Südslawistik am Institut für Slawistik der Humboldt-Universität zu Berlin und danach bis 2007 Wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Vergleichende Sprachwissenschaft, Phonetik und Slawische Philologie der Johann Wolfgang Goethe-Universität Frankfurt am Main. Snježana Kordić ist Privatdozentin für Slawistik an der Universität Zagreb.

European citizens and their languages: A plea for language learning

Prof. Dr. Reinier Salverda

The linguistic scene in contemporary Europe is marked by the rise of English as the global lingua franca; the assertion of monolingual national policies within the EU member states; the recognition of (but also the pressure on) the indigenous linguistic minorities; the presence (usually without recognition) of large numbers of new immigrant languages; and a lack of coherent policy making regarding these multilingual realities. Policy making is mostly left to the individual member states; sometimes the territorial principle applies, sometimes the personal principle, sometimes the functional principle of communication and customer-friendly multilingualism, often the principle of national identity; or else things are left to the free play of market forces.

While this linguistic diversity of Europe has been recognized as one of the cornerstones of European culture, the question is: What does this mean in practice for European citizens, and what linguistic rights do they really have if they happen to be speakers of minority languages? Countries aspiring to EU-membership have to sign up to the European Charter for Regional Minority Languages, so shouldn't this Charter be incorporated into EU law? What can we do to preserve the existing rich diversity of minority languages? And in particular, what can be done here to foster and disseminate workable models and practices for language learning and bi- or trilingual education? In discussing these questions I will present a plea for language learning, while making reference to a few recent EU policy documents, as well as to a range of multilingual situations which I have studied in recent years – in London, in the Netherlands, in Fryslân and in Europe.

Zur Person:

Reinier Salverda (1948) ist wissenschaftlicher Direktor der Fryske Akademy in Leeuwarden, Niederlande. Zuvor war er Professor für niederländische Sprache und Literatur am *University College London*, dem er als *Honorary Professor of Dutch Language and Literature* immer noch angehört. In den achtziger Jahren unterrichtete er niederländische Sprachwissenschaft an der *Universitas Indonesia*. Reinier Salverda publizierte u.a. über Sprachpolitik, historische Sprachwissenschaft und koloniale Literatur.

Herausforderungen aus politikwissenschaftlicher Sicht: keine Integration ohne sprachliche Kohäsion

PD Dr. Sabine Riedel

Die Idee eines geeinten Europas wurde Anfang des 20. Jahrhunderts als Gegenentwurf zu nationalistischen Ideologien entwickelt, die sprachliche Differenzen in den Dienst autoritärer Systeme und ihrer Territorialforderungen stellten. Nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs sollte diese Vision mit dem Projekt der Europäischen Integration Schritt für Schritt verwirklicht werden. Unter Beibehaltung kultureller und sprachlicher Unterschiede wurde eine wirtschaftliche sowie politische Kooperation auf den Weg gebracht, der sich nach dem Kalten Krieg nun auch zehn Reformstaaten Osteuropas angeschlossen haben.

Wenn sich trotz dieser Fortschritte heute nationalistische Ideologien in Ost- wie in Westeuropa erneut entlang sprachlicher Identitäten Bahn brechen, stellen sich folgende dringliche Fragen: Reicht die derzeitige EU-Politik der kulturellen Differenz tatsächlich aus, um ein friedliches Zusammenleben der unterschiedlichen kulturellen Identitäten zu gewährleisten? Was haben die EU-Mitgliedstaaten der Instrumentalisierung von Sprachzugehörigkeiten durch solche Akteure entgegenzusetzen, die wie in Belgien oder Spanien Staatsgrenzen einseitig verändern wollen oder – wie in Italien – Integrationsangebote für Zuwanderer aufkündigen? Mögliche Antworten hierauf wären die folgenden:

Das Projekt der Europäischen Integration ist mehr als eine zwischenstaatliche Kooperation, die eine wachsende supranationale Gemeinschaftsebene hervorbringt. Sie hat zudem eine gesellschaftliche Dimension und Dynamik erfahren. Umso mehr sind die EU-Mitgliedstaaten gefordert, die soziale Integration auf lokaler, regionaler und nationaler Ebene voranzubringen. Dabei kann der Respekt gegenüber sprachlicher Differenz und die Pflege der Muttersprache – ob historisch bedingt oder durch Zuwanderung entstanden – nur der Ausgangspunkt für eine stärkere sprachliche Kohäsion sein. Schließlich hängt jedes demokratische Gemeinwesen von der Bereitschaft seiner Bürger ab, eine oder zwei Amtssprache zu lernen, um miteinander über politische Inhalte zu streiten und gemeinsam Gesetze verfassen zu können.

Der Diversity-Ansatz ignoriert diese gesellschaftliche Dynamik und weicht der Herausforderung aus, das Projekt der Europäischen Integration in Richtung eines stärkeren sprachlichen Zusammenhalts zu unterstützen. Dies zeigt der aktuelle Streit um den Schutz von Minderheitensprachen und den Status von Amtssprachen, in dessen Windschatten Sprachnationalismen neuen Auftrieb erhalten. Um dieser Entwicklung Einhalt zu gebieten, darf sich die Förderung sprachlicher Kohäsion nicht auf ethnische Gemeinschaften begrenzen und deren sprachliche Isolation verstärken. Vielmehr sollten bessere Rahmenbedingungen geschaffen werden, damit die Bürger Europas ihre ethnische bzw. sprachliche Identität als etwas erfahren, das sich ständig verändert, erweitert und neue Chancen der Begegnung eröffnet, ob im privaten, öffentlichen oder beruflichen Umfeld.

Zur Person:

Sabine Riedel, geb. 1956, wissenschaftliche Mitarbeiterin der Stiftung Wissenschaft und Politik (seit 2001), promovierte 1990 in Slavistik, Politikwissenschaft und Islamwissenschaft an Universität Bonn; 1992-2000 war sie wissenschaftliche Referentin am Münchner Südost-Institut; sie habilitierte sich 2002 an der Universität Magdeburg und ist seitdem Privatdozentin für Politikwissenschaft; seit 2006 übernahm sie auch Lehraufträge am Osteuropa-Institut der Freien Universität Berlin. In 2003 und 2004 vertrat sie den Lehrstuhl für politische Systeme Osteuropas am Geschwister-Scholl-Institut der Universität München, in 2006 erhielt sie den Alfred-Grosser-Gastlehrstuhl des Sciences Politiques Paris im

deutsch-französischen Grundstudium in Nancy. Publikationen sind u.a., Models of Church State Relations in European Democracies (JRE 1/2008), Frankreich als Einwanderungsland (SWP-Studie 25/2007), Ambivalenzen des Minderheitenschutzes (Osteuropa, 11/2007), Regionaler Nationalismus (SWP-Studie 5/2006), Die Erfindung der Balkanvölker (VSVerlag, Wiesbaden 2005).

Sprachliche Integration von Migranten. Von nationaler Erfahrung zu europäischer Politik

Prof. Dr. Rita Süßmuth

Prof. Dr. Rita Süßmuth, 1937 geboren, ist Professorin für Erziehungswissenschaften an den Universitäten Bochum und Dortmund und Honorarprofessorin an der Universität Göttingen. 1985 wurde sie als erste Frauenministerin auf Bundesebene Bundesministerin für Jugend, Familie und Gesundheit. 1988 bis 1998 war sie Bundestagspräsidentin und Mitglied des CDU-Präsidiums. Sie leitete die unabhängige Zuwanderungskommission („Süßmuth-Kommission“) und hat derzeit den Vorsitz der High-Level-Group der Europäischen Kommission zur besseren Integration ethnischer Minderheiten in den Arbeitsmarkt. Außerdem war sie Mitglied der UN-Weltkommission für Internationale Migration. Seit 1997 arbeitet sie im Kuratorium der Bertelsmann-Stiftung. In Deutschland, aber auch an der Sorbonne in Paris, an der John Hopkins Universität in Baltimore sowie auch der Bersheva-Universität Israel erhielt sie Ehrendoktorwürden.

Weder geeint noch vielfältig? Sprachenfrage und politische Legitimation in der EU

Prof. Dr. Peter A. Kraus

Für die Integration moderner Gesellschaften ist Sprache von zentraler Bedeutung. In den Sozialwissenschaften ist diese Bedeutung sowohl unter normativen wie funktionalen Gesichtspunkten beleuchtet worden. Die institutionelle Vermittlung geteilter sprachlicher Identitäten ist aufs engste mit der Entwicklung nationalstaatlicher Strukturen verwoben. Inwieweit lässt sich die Situation in Europa heute vor diesem Hintergrund als eine Abkehr von traditionellen Pfaden der politischen Gemeinschaftsbildung interpretieren? Steht die Europäische Union (EU) für neue Formen des Zusammenhalts, die ohne sprachlich-kulturelle Standardisierung auskommen? Tatsächlich war der Prozess europäischer Integration auf der programmatischen Ebene von Anfang an ausdrücklich mit dem Ziel verbunden, die Vielfalt von Kulturen und Sprachen zu bewahren. Im Umgang mit den Herausforderungen des Multilingualismus zeichnet sich die EU allerdings nicht durch normative Konsistenz aus. So sind in der institutionellen Praxis der Anerkennung der sprachlichen Identitäten europäischer Bürger erhebliche Widersprüche auszumachen, die einen reflexiven und innovativen Umgang mit den Herausforderungen der Sprachenvielfalt behindern. Letztlich spiegeln diese Widersprüche das Fehlen einer europäischen Sprachenpolitik, für die eine offen geführte Debatte über die sprachlich-kommunikativen Fundamente einer transnationalen Bürgergesellschaft eine wesentliche Voraussetzung wäre.

Zur Person:

Peter A. Kraus, geb. 1960, Dr. Phil., seit 2006 Chair of Ethnic Relations am Centre for Research on Ethnic Relations and Nationalism (CEREN) und Professor für Sozialwissenschaften an der Universität Helsinki, vorher u. a. Privatdozent für Politikwissenschaft an der Humboldt-Universität zu Berlin. Veröffentlichungen: *Nationalismus und Demokratie. Politik im spanischen Staat der Autonomen Gemeinschaften*, Wiesbaden 1996; *Europäische Öffentlichkeit und Sprachpolitik*, Frankfurt a. M. 2004; *Eine kleine Geschichte Kataloniens*, Frankfurt a. M. 2007 (zus. mit W. L. Bernecker u. T. Eßer); *A Union of Diversity: Language, Identity and Polity-Building in Europe*, Cambridge 2008; zahlreiche Veröffentlichungen in internationalen Fachzeitschriften und wissenschaftlichen Sammelbänden zu kulturellem Pluralismus, Nationalismus und Demokratie im europäischen Kontext.

Komplexe Migrationsszenarien und Mehrsprachigkeit in Megastädten: São Paulo

Prof. Dr. Uli Reich

Während Europa zu Beginn des 21. Jahrhunderts Migration und Mehrsprachigkeit vielfach als Bedrohung der nationalen Identitäten in einer vereinten Zukunft empfindet, sind die amerikanischen Gesellschaften durch insgesamt noch bei weitem komplexere Szenarien überhaupt erst entstanden. Kulturelle und damit auch sprachliche Heterogenität ist dort in die Basis der sozialen Konstruktion eingetragen. So lohnt sich ein Blick über den Atlantik, um in der sprachlichen Realität amerikanischer Megastädte wie New York, México DF und São Paulo Hinweise darauf zu finden, wie die Szenarien komplexer Mehrsprachigkeit in Europa verlaufen könnten.

Mein Beispiel ist die größte Stadt Brasiliens. São Paulo wurde im Zuge des Kaffeebooms und der sich anschließenden raschen Industrialisierung zu Beginn des 20. Jahrhunderts zum Fluchtpunkt globaler und brasilianischer Migrationsbewegungen: 1870 zählte man noch wenig mehr als 30.000 Einwohner. Vor allem portugiesische, italienische, spanische, japanische, arabische, polnische und deutsche Immigranten vervielfachten die Einwohnerzahl dann rasch, in den 20er Jahren wohnten ebenso viele Ausländer in São Paulo wie Brasilianer. Seit etwa 1950 reichern gewaltige Ströme der Landflucht aus dem armen Nordosten die paulistanische Gesellschaft weiter an. Heute wird die Einwohnerzahl von Groß-São Paulo auf ca. 20 Mio geschätzt.

Trotz der demographischen Bedeutung der betreffenden Sprechergruppen verschwinden die Sprachen der Einwanderer rasch aus dem Kommunikationsraum São Paulo, übrigens ohne irgendeine sprachpolitische Lenkung der Integration bzw. Assimilation. Nur in einigen Kleinstädten im Hinterland werden auch heute noch Überseevarietäten des Italienischen, Japanischen, Deutschen und einiger anderer Sprachen gesprochen. Im Sprachwandel des Portugiesischen schlägt sich der vielfältige Sprachkontakt zwischen genetisch und typologisch zum Teil höchst unterschiedlichen Sprachen vor allem im Abbau stark markierter Formen nieder, sowie in der sozialen Re-Indexikalisierung portugiesischer Dialekte. Andererseits setzt die urbane Gesellschaft sprachliche Indexikalität aber auch ein, um ihre soziale Komplexität zu strukturieren, was zur Herausbildung neuer, urbaner Varitäten des Portugiesischen führt.

Insgesamt entsteht ein Bild der sprachlichen Selbstregulierung einer Gesellschaft, die ihre Sprachkompetenz für die kommunikativen Anforderungen urbaner Zentren optimiert.

Zur Person:

Uli Reich ist seit April 2008 Professor für Romanische Philologie/Sprachwissenschaft (Spanisch und Portugiesisch) an der Freien Universität Berlin. Davor arbeitete er u.a. als wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Universität zu Köln und als Gastprofessor an der *Universidade Federal do Rio de Janeiro*. Zu seinen Forschungsschwerpunkten gehören vergleichende Phonologie romanischer Sprachen und Soziolinguistik in Megastädten.

Migrantensprachen im französischen Schulsystem

Ann-Birte Krüger

Die Europäische Union und der Europarat greifen seit einigen Jahren ganz gezielt das Thema Mehrsprachigkeit in ihren Förderprogrammen auf. Wenn sich diese Mehrsprachigkeit zunächst auf die Landessprachen der Mitgliedsstaaten der Institutionen beschränkte, ist in neueren Projektausschreibungen ein Wandel auszumachen: Migrantensprachen scheinen vermehrt mit einbezogen zu werden. Inwiefern schlagen sich die internationalen Forderungen in nationalen Maßnahmen nieder? Diese Frage soll am Beispiel der Stellung von Migrantensprachen im französischen Schulsystem genauer untersucht werden.

Zunächst wird dargestellt, inwiefern in den aktuellen national einheitlichen französischen Schulprogrammen die kulturelle und sprachliche Pluralität der Schüler berücksichtigt wird. Wird Mehrsprachigkeit durch Migrationserfahrungen als Nutzen und Bereicherung oder aber als Problem und Hürde aufgefasst? Wie werden Sprachen benannt? Inwiefern werden die vorhandenen sprachlichen Kompetenzen in die Schulprogramme eingebunden? Sind Veränderungen festzustellen, wenn man die Grundschulprogramme von 2002 und 2007 vergleicht?

Im zweiten Teil des Vortrags soll konkret untersucht werden, welche Sprachen tatsächlich in den Schulen unterrichtet werden und welche Entwicklungen im Sprachangebot auszumachen sind. Es muss zwischen einem fremdsprachlichen Unterricht und einem muttersprachlichen Unterricht von Migrantensprachen unterschieden werden, zudem soll auch auf punktuelle Projekte wie „Language Awareness“ eingegangen werden. Das Elsass, das eine zweisprachige Schulausbildung (deutsch-französisch) vom Kindergarten bis zum Abitur anbietet und damit eine Vorreiterrolle in Frankreich einnimmt, soll im Mittelpunkt der Untersuchung stehen. Aufgrund seiner wirtschaftlichen Situation ist das Elsass auch eine bevorzugte Einwanderungsregion in Frankreich. Inwiefern erstrecken sich Anstrengungen in der Region, die fremdsprachlichen Kenntnisse der Schüler zu erweitern, auch auf Fördermaßnahmen, die Migrantensprachen betreffen?

Zur Person:

Ann-Birte Krüger, 1974 in Kiel geboren, studierte in Kiel, Angers (F) und Tübingen Politikwissenschaften und Romanistik. Nach ihrem Magisterabschluss folgte von 2001 bis 2006 ein Lehrauftrag für Deutsch als Fremdsprache an der Universität Marc Bloch Strasbourg. Seit 2003 gehört sie dort auch der Forschungsgruppe für Mehrsprachigkeit in Europa an. 2004 begann Ann-Birte Krüger ein Promotionsstudium an der Universität Strasbourg zum Thema Schulsprachenpolitik in Hinblick auf Migrantensprachen: eine vergleichende Studie über das Elsass und Baden. Während der Promotion war sie Stipendiatin des internationalen Promotionskollegs der Universität Bochum und arbeitet seit 2006 in der Lehre und Forschung am Institut für Lehrerbildung und Weiterbildung im Elsass. In ihren letzten Veröffentlichungen beschäftigte sie sich mit dem Vergleich der Stellung von Migrantensprachen in Schulprogrammen in Deutschland und Frankreich sowie mit Sprachrepräsentationen von Kindern türkischer Herkunft in diesen Ländern.

„Hast du ateş?“ Mehrsprachige Praktiken in europäischen Großstädten

Prof. Dr. İnci Dirim

Europäische Großstädte sind mittlerweile seit mehreren Jahrzehnten von migrationsbedingter sprachlicher Heterogenität gekennzeichnet. Das Beispiel Hamburgs zeigt, dass die Einwohner dieser Städte in ihrem Alltagsleben bis zu 100 verschiedene Sprachen sprechen. Allerdings unterscheidet sich diese Mehrsprachigkeit deutlich von den Zielvorstellungen sprachpolitischer Programme, sie ist zum Beispiel nicht in bestimmte Themenfelder gegliedert oder entspricht nur bedingt den Niveaustufen des Gemeinsamen Europäischen Referenzrahmens für Sprachen. Die verschiedenen Sprachen werden im Alltag kreativ und strategisch gemischt verwendet, die Entstehung von neuen Jugendsprachen wird beobachtet. Ziel des Vortrags ist es, am Beispiel von empirischen Daten aus verschiedenen Forschungsprojekten zu zeigen, welche Formen mehrsprachiger Kommunikation sich in europäischen Großstädten entwickeln.

Zur Person:

İnci Dirim wurde 1965 in Gladbeck in Nordrhein-Westfalen geboren, besuchte danach die Schule in Ankara in der Türkei. Sie studierte erst deutsche Sprach- und Literaturwissenschaft an der Universität Hacettepe in Ankara, danach Linguistik und Deutsche Sprach- und Literaturwissenschaft an der Universität Bremen. 1997 promovierte sie zum Dr. Phil an der Universität Hamburg, Fachbereich Erziehungswissenschaft, mit einer Dissertation zum Thema türkisch-deutsch gemischter Sprachgebrauch in einer Grundschulklasse. Anschließend arbeitete sie als Lehrkraft an den Universitäten Bremen, Hamburg und Münster sowie 1992 bis 2004 als wissenschaftliche Mitarbeiterin an den Universitäten Hamburg und Freiburg. 2004 bis 2007 war sie Juniorprofessorin für Schulpädagogik (Schwerpunkt „Empirische Lehr- und Lernforschung unter besonderer Berücksichtigung von Kindern mit Migrationshintergrund“) an der Philosophischen Fakultät der Leibniz Universität Hannover. Seit 2007 ist sie Professorin für Erziehungswissenschaft unter Berücksichtigung der Pädagogischen Diagnostik und Förderkonzeptionen für Erziehung und Bildung in kulturell, sprachlich und sozial heterogenen Konstellationen am Fachbereich Erziehungswissenschaft der Universität Hamburg.

„Neue“ Mehrsprachigkeit: welche Mehrsprachigkeit Europa braucht und welche nicht

Dr. Ulrike Vogl

Als wichtiges Element des pro-europäischen Diskurses ist ein Bekenntnis zur Mehrsprachigkeit auf allen politischen Ebenen zur Notwendigkeit geworden. Mehrsprachigkeit wird dabei häufig als Lösung für politische oder soziale Konflikte herangetragen. In vielen Fällen ist das Plädoyer für Mehrsprachigkeit jedoch nur ein Deckmantel für eine ganz andere Art von Sprachpolitik.

Der Fall Belgiens zeigt beispielsweise, dass sich hinter einem mehrsprachigen Land einsprachige Gemeinschaften verbergen, die sich politisch und kulturell immer weiter voneinander entfernen. Auf europäischer Ebene steckt hinter dem Bekenntnis zur Mehrsprachigkeit oft die Angst vor der Dominanz des Englischen: der Wunsch nach Gleichberechtigung der europäischen Nationalsprachen führt jedoch meist zur Bevorzugung einiger weniger (Französisch, Deutsch, eventuell Italienisch und Spanisch) gegenüber vielen anderen (Wodak & Krzyzanowski bezeichnen diese Form von Mehrsprachigkeit als 'hegemoniale Mehrsprachigkeit'). Ein anderer Fall von 'Einsprachigkeit im Schafspelz' ist der in Europa stärker werdende regionale Nationalismus (zum Beispiel auf der Iberischen Halbinsel, auf den britischen Inseln und in Südosteuropa), wo das Thema Sprache für separatistische Ziele instrumentalisiert wird. Hier versteckt sich hinter dem Ruf nach mehr sprachlichen Rechten für die Minderheitssprache, d.h. für mehr sprachliche Diversität, ein Streben nach neuer nationalsprachlicher Einsprachigkeit.

In den genannten Beispielen wird Sprache in erster Linie als territorial und ethnisch gebunden angesehen: Europa erscheint dabei als ordentlich aufgeteilt in viele einsprachige und einige wenige zwei- oder mehrsprachige Territorien. Das Gesamtbild wird dann als 'mehrsprachiges' Europa bezeichnet, und ist tatsächlich ein Nebeneinander von einsprachigen Gebieten. Zur Kommunikation über die Grenzen der Territorien hinweg dienen Lingua Francas (meist Englisch). Anderssprachige Migranten werden als Problem aufgefasst, die es in ein- oder mehrsprachige territoriale Einheiten zu integrieren gilt. Diese Sichtweise geht jedoch an der europäischen Realität vorbei: Migration

(in allen Formen und Farben) ist schon lange nicht mehr die Ausnahme, sondern die Regel. Die beschriebene Anschauungsweise gründet sich außerdem auf eine Sprachauffassung, bei der Mehrsprachigkeit eine Komplizierung von Einsprachigkeit darstellt, Sprachen streng voneinander abgegrenzt sind und Sprachmischung deshalb tabu ist. Die Bewertung von Sprachkenntnissen ist in diesem Rahmen sehr stark normbasiert, als Modell dient der (einsprachige) Muttersprachler. Darüber hinaus wird von 'überschaubaren' Sprachkombinationen ausgegangen, während Europa im Zeitalter der Globalisierung längst mit Szenarien äußerst komplexer Mehrsprachigkeit zu tun hat.

Mein Vortrag ist ein Versuch, Fehlinterpretationen und Vorurteile zur Mehrsprachigkeit aufzuzeigen und mögliche Wege zu einem 'neuen' Verständnis von Mehrsprachigkeit zu weisen. Ich nehme dabei auch Bezug auf den bisherigen Beitrag der Sprachwissenschaft zu einer 'Aufklärung' in Sachen Mehrsprachigkeit. Ein Exkurs in die europäische Geschichte soll zeigen, dass manches von dem, was Europa im Bezug auf Mehrsprachigkeit brauchen könnte, gar nicht so neu, sondern sogar ziemlich alt ist. Im Mittelpunkt meines Plädoyers für eine 'neue' Mehrsprachigkeit stehen die individuelle und die funktionale Mehrsprachigkeit: Europa ist nur mehrsprachig, wenn seine Bewohner so mehrsprachig wie möglich sind. Dies bedeutet jedoch nicht, dass alle Sprachen in gleichem Umfang beherrscht werden müssen: je nach Anwendungsbereich genügt ein bestimmter aktiver oder passiver Beherrschungsgrad.

Zur Person:

Ulrike Vogl studierte Sprachwissenschaft und Niederlandistik an der Universität Wien. Seit 2001 ist sie wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Deutsche und Niederländische Philologie der Freien Universität Berlin, wo sie niederländische Sprachwissenschaft unterrichtet (vor allem Geschichte des Niederländischen, Sprachkontakt und Soziolinguistik). Sie beschäftigt sich seit 2006 im Rahmen des EU-Projekts DYLAN (*Language Dynamics and Management of Diversity*) mit der Geschichte der europäischen Mehrsprachigkeit. Sie publizierte zur historischen Sprachwissenschaft des Niederländischen und zum Thema europäische Minderheitssprachen.